



Dauerbaustelle

Der Wahlkampf ist vorbei, die Plakate sind weggeräumt; nun kommt die Stunde der Wahrheit. Bis 2010 sollen die weißen Flecken auf der Breitband-Landkarte getilgt sein, hat die Bundesregierung versprochen. 2014 sind dann diesen Plänen zufolge drei Viertel der Haushalte mit VDSL-Geschwindigkeit versorgt. Möglicherweise ist es kein Zufall, dass der Termin kurz nach der nächsten Bundestagswahl liegt.

Das Vorhaben klingt einfach zu gut, um wahr zu sein. Es gibt noch nicht einmal verlässliche Zahlen darüber, wie viele Haushalte denn zur DSL-freien Zone gehören. Die Angaben der Telekom sind offensichtlich geschönt, die Lücken größer als zugegeben. Also wird es auch länger als geplant dauern, sie zu schließen.

Alle wollen Breitband für alle, aber bezahlen will keiner. Die Telekom ging bislang mit gutem Beispiel voran: 100 Millionen Euro hat sie 2008 investiert, um 400.000 Haushalte anzuschließen. 250 Euro pro Haushalt klingt bezahlbar. Aber der Schein trügt: Je weiter der Ausbau voranschreitet, desto teurer wird die Chose. Denn natürlich investiert man heute da, wo man mit wenig Geld viel bewegen kann. Aber der Anschluss des letzten Einödhofs kostet ein Vielfaches der heute durchschnittlichen Summe.

Schon für die erste Etappe bräuchte man also vermutlich deutlich mehr als eine Milliarde Euro. Die Telekom wird das nicht alleine stemmen. Der Ex-Monopolist mag nicht einsehen, warum er bei einem Marktanteil von rund 50 Prozent alle Investitionen alleine tätigen soll, und fährt sein Engagement zurück. Das ist nachvollziehbar. Die seligen Zeiten, in denen man einfach einen Monopolisten machen ließ und die Kosten auf alle umlegte, sind eben vorbei, auch die Telekom muss nun auf die Kosten achten.

Woher also das Geld nehmen? Vielleicht sollte man alte Tugenden wiederbeleben, etwa die Solidarität. Würde jeder Breitbandanschlussinhaber monatlich nur zwei Euro zusätzlich zahlen, kämen pro Jahr rund 600 Millionen zusammen. Damit könnte man dort investieren, wo sich der Ausbau nach der reinen marktwirtschaftlichen Lehre nicht lohnt. Ist das erste Ziel erreicht, kann man darangehen, die Bandbreiten allerorten aufzustocken. Ist auch dieses Ziel erreicht, kann man die Abgabe wieder wegfallen lassen.

Nun ist die Politik am Zug: Wir brauchen endlich eine Grundversorgungspflicht für Breitbandanschlüsse, damit Deutschland im internationalen Vergleich nicht zurückfällt. Wir brauchen eine solide Finanzierung, faire Rahmenbedingungen für die Unternehmen und geregelte Ausschreibungsverfahren. Zentrale Ansprechstellen in den Bundesländern müssen den Kommunen zur Hand gehen, sie bei den Formalien unterstützen und aufpassen, dass die Anbieter die öffentlich subventionierten Investitionen nicht dazu nutzen, Mondpreise für die Erschließung zu verlangen.

Wenn die Politik die Angelegenheit schleifen lässt, wird der ländliche Raum abgehängt. Wo es keinen Breitbandzugang gibt, stimmen die Bürger mit den Füßen ab. Dann stehen in den weißen Breitband-Flecken Immobilien leer und Gewerbegebiete liegen brach. Das können wir uns nicht leisten.

*Urs Mansmann*

Urs Mansmann